



Niederschrift

über die Sitzung

des Stadtrates

am 01.09.2010

Anwesend

- Vorsitz

Beutel, Jens

- Verwaltung

Beck, Günter

Ringhoffer, Franz

Merkator, Kurt

Reichel, Wolfgang

Grosse, Marianne

- Stadtratsmitglieder

Becker, Astrid

Binz, Katharina

Dietz, David

Eckhardt, Gerd Dr.

Eder, Katrin

Egner, Herbert

Faber, Matthias

Flegel, Sabine

Gerster, Thomas

Groden-Kranich, Ursula

Gröninger, Markus

Hafner, Klaus

Heinisch, Gunther

Helm-Becker, Ansgar (Urkundsperson)

Hirsch, Hannelore

Hofem, Dieter

Hofmann, Kai

Huck, Brian Dr.

Hözl, Gudrun

Jessen, Jens Prof. em. Dr.

Kinzelbach, Martin

Klomann, Nico

Konrad, Nadya (ab TOP 6)

Konrad, Walter Dr.

Koppius, Walter

Kracht, Martina

Kraft, Teresa Rebecca (Urkundsperson)

Kretschmer, Johanna Dr.

Kützing, MdL, Lars Dr.

Köbler, Daniel

Köbler-Gross, Sylvia
Leinen, Felix Prof. Dr.
Lensch, Eckart Dr.
Litzenburger, Andrea Dr.
Moerchel, Christian Dr.
Moseler, Claudius Dr.
Pietsch, Michael Prof. Dr.
Pohl, Christine Dr.
Rösch, Matthias
Rößner, MdB, Tabea
Schreiner, MdL, Gerd
Schäfer, Herbert
Schönig, Hannsgeorg
Siebner, Claudia
Sitte, Christopher
Solbach, Norbert
Stenner, Ursula
Stritter, Stephan
Strutz, Harald
Sucher, Oliver
Trautmann, Klaus
Trautwein, Karin
Tress, Peter Dr.
Vicente, Miguel
Westrich, Sissi
Willius-Senzer, Cornelia
Zehe-Clauß, Birgit

- Schrifführung

Blessing, Detlef

Entschuldigt fehlen

Neger, Thomas
Viering, Christian
Walter-Bornmann, Gerhard

Tagessordnung

a) öffentlich

TEIL I

Anträge der Stadtratsfraktionen

1. Verlegung der Einwohnerfragestunde bei Stadtratssitzungen (ödp/Freie Wähler)
2. Übertragung der Ratssitzungen durch "Livestream" im Internet (REP)
3. Gutsausschankgenehmigungen für Mainzer Winzer (SPD/Bündnis90/DIE GRÜNEN/FDP)
 - 3.1. Ergänzungsantrag zur Vorlage 1417/2010/1 - Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP "Gutsausschankgenehmigungen für Mainzer Winzer"
4. Kampagne "Fairtrade Towns" (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
5. Auflösung von Rückstellungen für den Bau eines Kohlekraftwerkes (CDU)
 - 5.1. Änderungsantrag zum Antrag 1597/2010 der CDU: Auflösung von Rückstellungen für den Bau eines Kohlekraftwerkes (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
 - 5.2. Ergänzungsantrag zum Änderungsantrag zum Antrag 1597/2010: Auflösung von Rückstellungen für den Bau eines Kohlekraftwerkes (ödp/Freie Wähler)
 - 5.3. Auflösung von Rückstellungen für den Bau eines Kohlekraftwerkes (CDU)
6. Sportentwicklungsplan zielführend weiterverfolgen (CDU)
7. Förderung der Jugendbeteiligung in der Stadt über das Projekt "jungbewegt" (SPD)
8. "Kunst gegen Leerstand" (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
55. E i n w o h n e r f r a g e s t u n d e [ca. 18.00 Uhr]
38. Gründung einer Zentralen Beteiligungsgesellschaft
 - 38.1. Gründung einer Zentralen Beteiligungsgesellschaft
 - 38.2. Gründung einer Zentralen Beteiligungsgesellschaft;
 - 38.3. Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage 1224/2010 - Gründung einer Zentralen Beteiligungsgesellschaft (CDU)

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

Anfragen der Stadtratsfraktionen

9. Ausgabe von Parkkarten an "FunktionsträgerInnen" durch die PMG (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
10. Jagdsteuer in Mainz (REP)
11. Kosten der "Save Me-Kampagne" (dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen) für die Stadt Mainz (REP)
12. Umgestaltung Große Langgasse (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
13. Fluglärm-Studie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
14. Sanierung Weserstraße (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
15. Kostencontrolling beim Staatstheater Mainz (ödp/Freie Wähler)
16. Sanierung des Mainzer Rathauses (ödp/Freie Wähler)
18. Stadtleitbild der Stadt Mainz (ödp/Freie Wähler)
19. Bedarfsgerechte Öffnungszeiten in Kindertagesstätten (FDP)
20. Beteiligung der Museen an Stadt der Wissenschaft 2011 (FDP)
21. Kosten für Bewässerung von Grünanlagen (SPD)
22. Kunstsammlung der Stadt Mainz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
23. Kürzungen der Bundesregierung im Städte- und Wohnungsbau (SPD)
24. Armut in Mainz wirksam bekämpfen - Armutsmonitoring weiter voranbringen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
25. Bauprojekt "Wohnen am Wasser" am Mainzer Winterhafen (SPD)
26. Job-Center und Jugendliche (SPD)
27. Entsorgung der "Gelben Säcke" (SPD)
28. Einwohnerstatistik und Lebenspartnerschaften (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

29. Eindämmung der Spielhallen-Flut in Mainz (FDP)
30. Sachstand Umzug der Mogat Werke (CDU)
31. Großbrand im Mombacher Industriegebiet (CDU)
32. Gründung eines Zentrums für Kunst und Wissenschaft (CDU)
33. Wettbewerb auf dem Mainzer Energiemarkt (CDU)
34. Erweiterung des Unternehmens Knettenbrech + Gurdulic in Mombach (CDU)
35. Abwanderung des Verlags Philipp von Zabern (CDU)
36. Sporthalle im Stadtteil Gonsenheim (CDU)
- 37.1 Auskunft des Finanzamtes zur Gründung einer Zentralen Beteiligungsgesellschaft Mainz (ZBM) (CDU)
39. Sachstandsberichte zu den Anträgen der Stadtratsfraktionen
40. Kommunale Datenzentrale Mainz
41. Beschäftigungsmöglichkeiten gem. § 16 e (früher a) SGB II für Menschen mit Vermittlungshemmnissen schaffen
60. Vergabeangelegenheiten
42. Kath. Kindertagesstätte Maria Königin, Mainz Drais; Sicherung und Erweiterung des Angebots für Zweijährige
43. 1. Ausweitung des Bewohnerparkens
44. 2. Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Stadt Mainz
45. Neuer SPNV-Haltepunkt Schott/Nordkopf
46. Winterdienstabrechnung 2009 des 70-Entsorgungsbetriebes
47. "B 154 (Einstellung)"
48. "He 105/4.Ä" (Einstellung)
49. "A 267" Aufstellungsbeschluss
50. Bauleitplanverfahren "Am Schleifweg (B 161), Satzungsbeschluss
51. Gestaltungssatzung "G 152 S"

- 52. Bauleitplanverfahren "L 66 (Satzungsbeschluss)"
- 53. Bauleitplanverfahren "VEP L 68" (Satzungsbeschluss)

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

- 54. Änderungen / Ergänzungen städtischer Gremien
 - 54.1. Ergänzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien
 - 54.2. Besetzung Aufsichtsrat Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (ZBM)

b) nicht öffentlich

- 56. Wirtschaftsbetrieb Mainz Allgemein
 - 56.1. Gemeinsamer Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage
- 57. Aufnahme eines Investitionskredits
- 58. Bekanntgabe einer Eilentscheidung
- 59. Wirtschaftliche Beteiligungen
- 61. Grundstücksangelegenheiten
- 62. Zurückstellung Bauvoranfrage
- 63. Städtebaulicher Vertrag "G 127"
- 64. Durchführungsvertrag zum VEP "L 68"
- 17. Schwimmbad Mombach (Anfrage ödp/Freie Wähler)
- 37. Mietrückstände bei der Wohnbau (Anfrage CDU)

c) öffentlich

- 65. Bauleitplanverfahren "Westlich der Karlsbader Straße (G 127)", Satzungsbeschluss

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen ist und Einwendungen gegen die Tagesordnung bisher nicht erhoben wurden.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Änderungen der Tagesordnung:

Die fristgerecht eingegangene Anfrage Nr. 1631/2010 wird unter dem neuen TOP 37.1 behandelt.

Neue Antragsfassungen gibt es zu den Punkten 1, 3, 4 und 7.

Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge wurden zu den Tagesordnungspunkten 3, 5 und 38 eingereicht. Die Ergänzungsanträge zu TOP 3 (CDU) und TOP 5 (ödp/Freie Wähler) sind unzulässig.

Tagesordnungspunkt 38 soll am Ende der Anträge (nach Punkt 8) behandelt werden.

Die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 60 wird vom nichtöffentlichen Teil in den öffentlichen Teil vorgezogen (nach TOP 41).

Die Beantwortung der Anfrage zu TOP 17 und TOP 37 erfolgt im nichtöffentlichen Teil

(nach TOP 64). Zu Tagesordnungspunkt 59.8 (Wirtschaftliche Beteiligung) wurde eine aktualisierte Vorlage ausgelegt.

Die Anfrage unter Tagesordnungspunkt 25 wurde von der Anfrage stellenden Fraktion zurückgezogen.

Die Vorlagen Nummer 867/2010 (TOP 39.2), 1291/2010 (TOP 45) und 1325/2010 (TOP 47) werden abgesetzt, da alle drei Vorlagen in den Ausschüssen nicht beschlossen wurden.

Der Ältestenrat hat sich auf eine Redezeit von 4 Minuten pro Fraktion für alle Anträge geeinigt. Zu Punkt 38 wurde eine Redezeit von 20 Minuten pro Fraktion festgelegt.

Ein Antrag der CDU-Fraktion, Punkt 38 von der Tagesordnung abzusetzen, erhält nicht die erforderliche 2/3-Mehrheit.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

TEIL I

Anträge der Stadtratsfraktionen

Punkt 1 **Verlegung der Einwohnerfragestunde bei Stadtratssitzungen**
(ödp/Freie Wähler)
Vorlage: 1321/2010/1

Der Antrag wird von Herrn Dr. Moseler entsprechend der schriftlichen Vorlage begründet. Er bedankt sich ausdrücklich für die vorab gegebene Antwort auf sein Schreiben in dieser Angelegenheit, wonach die zeitliche Lage der Einwohnerfragestunde nicht verändert werden sollte. Er schlägt vor, darüber nachzudenken, ob diese nicht zweigeteilt werden könne, um allen Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner Rechnung zu tragen.

Im Rahmen der Stellungnahmen der übrigen Fraktionen, die sich überwiegend gegen eine Zweiteilung aussprechen, wird der Antrag gestellt, im Haupt- und Personalausschuss ausführlich über dieses Thema zu reden.

Am Ende der Aussprache erinnert Oberbürgermeister Beutel daran, dass bei der Einführung der Einwohnerfragestunde seitens des damaligen Innenministeriums davon abgeraten wurde, die Einwohnerfragestunde vor die Beratungen zu setzen, um eine Beeinflussung bei der Entscheidungsfindung auszuschließen.

Am Ende der Aussprache überweist der Stadtrat einstimmig den Antrag an den Haupt- und Personalausschuss zur weiteren Diskussion.

Punkt 2 **Übertragung der Ratssitzungen durch "Livestream" im Internet (REP)**
Vorlage: 1397/2010

Nach der Begründung des Antrages durch Herrn Stritter sowie einer kurzen Stellungnahme des Oberbürgermeisters, der mitteilt, dass hierfür Kosten in Höhe von ca. 1.000 bis 1.500 € pro Sitzung – abhängig von der Dauer – entstehen würden, wird der Antrag gegen die Stimmen der REPUBLIKANER mit großer Mehrheit abgelehnt.

Punkt 3 **Gutsausschankgenehmigungen für Mainzer Winzer**
(SPD/Bündnis90/DIE GRÜNEN/FDP)
Vorlage: 1417/2010/1

Punkt 3.1 **Ergänzungsantrag zur Vorlage 1417/2010/1 - Antrag der Stadtrats-**
fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP "Gutsaus-
schankgenehmigungen für Mainzer Winzer" (CDU)
Vorlage: 1417/2010/2

Der Ergänzungsantrag wurde vor Eintritt in die Tagesordnung als unzulässig festgestellt.

Der gemeinsame Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wird von den Ratsmitgliedern Frau Zehe-Clauß, Herr Kützing und Herr Rösch anhand des schriftlich vorliegenden Antrags begründet.

In ihrer Stellungnahme für die CDU-Fraktion bedauert Frau Groden-Kranich, dass der eingereichte Ergänzungsantrag als unzulässig bewertet worden sei. Im Großen und Ganzen könne dem Antrag jedoch zugestimmt werden.

Für die Fraktion ödp/Freie Wähler stellt Herr Dr. Moseler den Antrag, über die vier Antragspunkte einzeln abzustimmen, da man nicht allen Punkten folgen könne.

Nach weiteren Wortmeldungen von Herrn Faber, Herrn Dr. Huck und Herrn Egner sowie einer kurzen Stellungnahme des Herrn Beigeordneten Ringhoffer ruft der Vorsitzende den Antrag in den einzelnen Punkten zur Abstimmung auf.

Der Stadtrat beschließt in Einzelabstimmungen:

- Nr. 1 wird bei 4 Enthaltungen einstimmig zugestimmt.
- Nr. 2 wird ebenfalls bei 4 Enthaltungen einstimmig zugestimmt.
- Nr. 3 wird mit Mehrheit (3 Gegenstimmen) beschlossen.
- Nr. 4 wird wiederum einstimmig – bei 4 Enthaltungen – zugestimmt.

Punkt 4 **Kampagne "Fairtrade Towns" (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 1537/2010/1

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird von Herrn Gröninger begründet. Es stehe einem öffentlichen Dienstleister gut an, in Fragen des täglichen Warenverbrauchs auf Produkte aus fairem Handel zu setzen. Insofern wird um Zustimmung zum Antrag gebeten.

In seiner Stellungnahme für die Fraktion der CDU beantragt Stadtratsmitglied Dr. Tress die Überweisung an den zuständigen Ausschuss, um die Einzelheiten ausdiskutieren zu können. Dem schließen sich auch Frau Dr. Pohl für die SPD, Herr Dietz für die FDP, Herr Egner für die ödp/Freie Wähler und Herr Prof. Jessen für die REPUBLIKANER an.

Nach einer kurzen Stellungnahme für die Verwaltung durch Herrn Beigeordneten Ringhoffer überweist der Stadtrat einstimmig den Antrag zur weiteren Behandlung in den zuständigen Wirtschaftsausschuss.

Punkt 5 **Auflösung von Rückstellungen für den Bau eines Kohlekraftwerkes (CDU)**

Vorlage: 1597/2010

Punkt 5.1 **Änderungsantrag zum Antrag 1597/2010 der CDU: Auflösung von Rückstellungen für den Bau eines Kohlekraftwerkes (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**
Vorlage: 1597/2010/1

Punkt 5.2 **Ergänzungsantrag zum Änderungsantrag zum Antrag 1597/2010: Auflösung von Rückstellungen für den Bau eines Kohlekraftwerkes (ödp/Freie Wähler)**
Vorlage: 1597/2010/2

Punkt 5.3 **Auflösung von Rückstellungen für den Bau eines Kohlekraftwerkes (CDU)**
Vorlage: 1597/2010/3

Zunächst wird nochmals darauf hingewiesen, dass die beiden ödp/Freie Wähler-Anträge unzulässig sind.

Der Antrag der CDU wird von Herrn Dr. Konrad begründet. Er weist darauf hin, dass durch die Entscheidung, das Kohlekraftwerk nicht zu bauen, die Vorhaltung einer Rücklage bei der KMW nicht mehr erforderlich sei und deshalb aufgelöst und an die Anteilseigner zurückgegeben werden müsste. Gleichmaßen sollten die Stadtwerke die aufgelösten Rücklagen an die Stadt Mainz zurückführen.

In der Begründung des Änderungsantrages von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP weisen die Ratsmitglieder Herr Dr. Lensch, Frau Rößner und Herr Sitte darauf hin, dass nach wie vor die künftige Energieversorgung sicherzustellen sei und deshalb die Notwendigkeit bestehe, Rücklagen vorzuhalten. Sobald ein entsprechendes Konzept vorliege, könne die weitere Eigenkapitalausstattung erfolgen.

Nach weiteren Stellungnahmen von Herrn Prof. Leinen für ödp/Freie Wähler und Herrn Stritter für die REPUBLIKANER sowie des Oberbürgermeisters für die Verwaltung stellt der Vorsitzende die Anträge zur Abstimmung.

Der CDU-Antrag wird mit den Stimmen der CDU gegen die übrigen Fraktionen mit Mehrheit abgelehnt, dem Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wird einstimmig – bei einigen Stimmenthaltungen – zugestimmt.

Punkt 6 **Sportentwicklungsplan zielführend weiterverfolgen (CDU)**
Vorlage: 1598/2010

Nach der Begründung des Antrages durch Herrn Hafner für die CDU sowie Stellungnahmen von Frau Dr. Pohl für die SPD, Herrn Helm-Becker für BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN, Herrn Strutz für die FDP und Herrn Faber für die REPUBLIKANER sowie einer kurzen Stellungnahme von Bürgermeister Beck für die Verwaltung wird der Antrag ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen an den Sportausschuss zur weiteren Behandlung überwiesen.

Punkt 7 **Förderung der Jugendbeteiligung in der Stadt über das Projekt "jungbewegt" (SPD)**
Vorlage: 1599/2010/2

Der SPD-Antrag wird von Frau Westrich an Hand der schriftlichen Vorlage begründet. In den Stellungnahmen von Frau Siebner für die CDU, Herrn Heinisch für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herrn Dietz für die FDP, Frau Kraft für ödp/Freie Wähler und Herrn Faber für die REPUBLIKANER wird generell Zustimmung signalisiert.

Auch Beigeordneter Merkator, der für die Verwaltung Stellung nimmt, begrüßt den vorliegenden Antrag.

Einstimmig beschließt sodann der Stadtrat den vorliegenden Antrag und überweist diesen an die Verwaltung.

Punkt 8 **"Kunst gegen Leerstand" (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**
Vorlage: 1600/2010

Der gemeinsame Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wird von Frau Kracht, Frau Binz und Frau Willius-Senzer begründet. Auch Herr Dr. Konrad begrüßt den vorliegenden Antrag für die CDU und signalisiert Zustimmung.

Für die Fraktion ödp/Freie Wähler nimmt Frau Kraft Stellung und erklärt, dass man dem Antrag nicht zustimmen könne und deshalb ablehnen werde.

Nach weiteren Wortmeldungen von Frau Kracht sowie Frau Hölzl für DIE LINKE ruft der Vorsitzende den Antrag zur Abstimmung auf.

Mit Mehrheit – bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen – überweist der Stadtrat den Antrag zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

Punkt 55 **Einwohnerfragestunde [ca. 18.00 Uhr]**

Es werden von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern keine Fragen gestellt.

Punkt 38 **Gründung einer Zentralen Beteiligungsgesellschaft**

Punkt 38.1 **Gründung einer Zentralen Beteiligungsgesellschaft**
Vorlage: 1224/2010

Punkt 38.2 **Gründung einer Zentralen Beteiligungsgesellschaft;**
hier: Festlegung der weiteren Vorgehensweise
Vorlage: 1471/2010

Punkt 38.3 **Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage 1224/2010 - Gründung**
einer Zentralen Beteiligungsgesellschaft (CDU)
Vorlage: 1653/2010

Zunächst gibt Bürgermeister Beck bekannt, dass das Prüfergebnis der Verwaltung in den beiden Vorlagen zusammengefasst sei, die dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt wurden. Nicht Bestandteil dieser Prüfung sei die kommunalverfassungsrechtliche Fragestellung gewesen, für deren Klärung andere Dienststellen zuständig seien.

Für die CDU-Fraktion erklärt Frau Dr. Litzenburger, dass die Entscheidung zur Gründung der ZBM eine große Tragweite für die Zukunft der Stadt Mainz habe. Aus diesem Grund sei auch die Diskussion und Entscheidung in öffentlicher Sitzung der richtige Weg. Allerdings seien noch viele aufgeworfene Fragen unbeantwortet geblieben oder bedürften noch weiterer Prüfungen. Im einzelnen seien dies Fragen bzgl. der Durchgriffsrechte des Rates, kommunalverfassungsrechtliche Fragen oder auch Fragen der Transparenz und des europäischen Wettbewerbs- und Vergaberechtes. Erst nach Klärung sollte eine solch weitreichende Entscheidung getroffen werden. Insofern bittet sie um Zustimmung zum Änderungsantrag der CDU.

Entgegen den Ausführungen von Frau Dr. Litzenburger hält Herr Sucher in seiner Stellungnahme für die SPD die Zeit für gekommen, in dieser für die Stadt Mainz wichtigen Frage nunmehr Entscheidungen zu treffen. Seit Februar diesen Jahres habe die Verwaltung mit über 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Prüfungen zur Gründung der Holding auf der Grundlage der vorliegenden umfangreichen Gutachten durchgeführt und Ergebnisse vorgelegt. Auch die ADD habe keine rechtlichen Bedenken gegen eine ZBM erhoben. Insofern werde die SPD als Teil der Koalition, sowie die Koalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP insgesamt, den Verwaltungsvorlagen geschlossen zustimmen und somit eine breite Handlungsfähigkeit in diesem Rat demonstrieren.

Der Vorsitzende unterbricht nunmehr die Beratung und ruft die Einwohnerfragestunde auf.

Da es keine Wortmeldungen seitens der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gibt, schließt der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde und fährt mit der Beratung fort.

Herr Köbler erklärt, die anstehende Entscheidung sei ein historischer Schritt für die Stadt Mainz, aber auch ein Schritt in die richtige Richtung, um die formulierten Ziele im Koalitionsvertrag zu erreichen. Die jetzige Struktur der stadtnahen Gesellschaften sei unübersichtlich und nicht mehr sachgerecht zu überschauen. Teilweise bestünden Doppel- bzw. Dreifachzuständigkeiten. Um hier Synergieeffekte zu erreichen, sei die Gründung einer zentralen Beteiligungsgesellschaft dringend notwendig. Der Rat und auch die Verwaltung behielten weiterhin alle Rechte in der Hand, die Gesellschaft zu kontrollieren und zu steuern. Für *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* sei es nunmehr an der Zeit, die anstehende Entscheidung zu treffen.

Herr Sitte dankt zunächst im Namen der FDP-Fraktion allen Beteiligten, die die nunmehr vorliegenden Beschlussvorlagen erarbeitet haben. Eine Neustrukturierung der städtischen Beteiligungen sei nach seiner Auffassung dringend geboten – das Ergebnis der Neuordnung spiegele sich in den Vorlagen wider. Wichtig seien vor allem das Erreichen von Effizienz, Transparenz sowie die ausschließliche Kontrolle durch den Rat. Hierüber sei bereits von seinen Vorrednern das Meiste gesagt. Abschließend lade er alle Fraktionen zur konstruktiven Mitarbeit bei den weiteren Maßnahmen ein und hoffe auf Zustimmung zu den Vorlagen.

In seiner Stellungnahme für die Fraktion ödp/Freie Wähler teilt Herr Dr. Moseler mit, dass man den Vorlagen so nicht zustimmen könne, da weiterhin noch ungeklärte Fragen, wie beispielsweise zur Gründung der Holding ohne die Stadtwerke, zu den Durchgriffsrechten des Rates oder auch kommunalverfassungsrechtlicher Art vorhanden seien und Bedenken gegen die ehrenamtliche politische Besetzung der Geschäftsführung bestünden. Auch der Bitte seiner Fraktion, die Prüfungsunterlagen der ADD zur Verfügung zu stellen, sei nicht entsprochen worden. Es gäbe lediglich eine mündliche Aussage, dass die ADD keine Bedenken habe.

Zu den bisherigen Wortmeldungen erläutert Bürgermeister Beck, dass einzig und allein das KMPG-Gutachten für das Verfahren relevant sei und allen Ratsmitgliedern vorliege. Darüber hinaus gehende Unterlagen seien auch der ADD nicht vorgelegt worden. Dass die ADD keine rechtlichen Bedenken erhoben hat, sei aus der Antwort auf die Anfrage Nr. 1631/2010 zu ersehen.

Für die Fraktion DIE REPUBLIKANER teilt Herr Prof. Jessen mit, dass seine Fraktion den Vorlagen nicht zustimmen könne, da noch viele Fragen hinsichtlich der Durchgriffsrechte, kommunalverfassungsrechtlicher Probleme, steuerlicher Risiken oder auch der Besetzung des Vorstandes nicht hinreichend geklärt seien. Nach ihrer Auffassung seien Synergieeffekte auch mit den herkömmlichen Beteiligungsgesellschaften zu erreichen.

Auch für die Fraktion DIE LINKE, so Herr Hofem, seien noch viele Fragen nicht geklärt, um eine solche Entscheidung treffen zu können. Ein Zugriff des Rates könne nur sichergestellt werden, wenn solche Aufgaben nicht weiter privatisiert, sondern

rekommunalisiert würden. Im Übrigen weist er darauf hin, dass erst in der bevorstehenden Mitgliederversammlung der Partei entschieden werde, ob der Aufsichtsratssitz besetzt würde.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Ratsmitglieder Dr. Eckhardt, Stritter und Egner. In seiner Wortmeldung beantragt Herr Stritter für die Fraktion DIE REPUBLIKANER namentliche Abstimmung zu den Verwaltungsvorlagen.

Für die Verwaltung nimmt Bürgermeister Beck Stellung und erklärt, dass die Verwaltung ein klares Ziel habe und dies mit konkreten Einzelschritten umzusetzen versuche. Der erste Schritt sei die Beschlussfassung über die beiden Vorlagen. Im Übrigen biete er allen Fraktionen nochmals an, alle Fragen zu beantworten, die zu diesem Thema vorliegen.

Am Ende der Aussprache fasst der Stadtrat nachfolgende Beschlüsse:

1. Der Änderungsantrag der CDU zur Verwaltungsvorlage Nr. 1224/2010, der inhaltlich als Vertagungsantrag zu werten ist, wird mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion ödp/Freie Wähler gegen die übrigen Fraktionen mehrheitlich abgelehnt.
2. In namentlicher Abstimmung (Anlage) werden die beiden Verwaltungsvorlagen (Nr. 1224/2010 und Nr. 1471/2010) mit 32 : 22 : 4 Stimmen mehrheitlich beschlossen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung sind die genannten Verwaltungsvorlagen sowie der Änderungsantrag der CDU.

In einer Wortmeldung zur Geschäftsordnung bittet Frau Dr. Litzenburger den Vorsitzenden um Prüfung, ob die soeben gefassten Beschlüsse gemäß § 42 GemO auszusetzen sind.

Nachdem der Vorsitzende erklärt hat, dass er keinen Grund sehe, die Beschlüsse auszusetzen, kündigt Frau Dr. Litzenburger hierzu eine gerichtliche Überprüfung an und bittet um Überlassung eines Auszuges dieses Tagesordnungspunktes.

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

Anfragen der Stadtratsfraktionen

Punkt 9 **Ausgabe von Parkkarten an "FunktionsträgerInnen" durch die PMG (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 1346/2010

Zu der Antwort der Verwaltung stellt Stadtratsmitglied Köbler die Zusatzfrage, ob hierzu auch die PMG befragt wurde. Bürgermeister Beck teilt mit, dass diese Fragen im künftigen PMG-Beirat zur Behandlung anstehen.

Punkt 10 **Jagdsteuer in Mainz (REP)**
Vorlage: 1418/2010

Unter Hinweis auf die Beantwortung zu Ziffer 2 bittet Herr Stritter um Nennung der konkreten Verwaltungskosten, was von Bürgermeister Beck zugesagt wird.

Punkt 11 **Kosten der "Save Me-Kampagne" (dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen) für die Stadt Mainz (REP)**
Vorlage: 1424/2010

Von der Antwort des Oberbürgermeisters wird ohne Zusatzfragen Kenntnis genommen.

Punkt 12 **Umgestaltung Große Langgasse (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 1568/2010

Die Anfrage wurde von Beigeordnetem Reichel beantwortet. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 13 **Fluglärm-Studie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 1569/2010

Die Antwort des Umweltdezernenten, Herrn Reichel, liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 14 **Sanierung Weserstraße (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 1570/2010

Der Stadtrat nimmt von der Antwort von Beigeordnetem Reichel ohne Zusatzfragen Kenntnis.

Punkt 15 **Kostencontrolling beim Staatstheater Mainz (ödp/Freie Wähler)**
Vorlage: 1572/2010

Zu der von Bürgermeister Beck vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 16 **Sanierung des Mainzer Rathauses (ödp/Freie Wähler)**
Vorlage: 1573/2010/1

Eine Nachfrage zur von Frau Beigeordneter Grosse vorgelegten Antwort, wann mit der Information an die Fraktionen zum Zeithorizont gerechnet werden könne, antwortet die Baudezernentin, dass dies zurzeit nicht absehbar sei.

Eine weitere Nachfrage, inwieweit die - auch in der Presse - genannten Kosten bestätigt werden könnten, wird von Beigeordneter Grosse dahingehend beantwortet, dass dies erst dann mitgeteilt werden könne, wenn die Voruntersuchungen abgeschlossen seien.

Punkt 18 **Stadtleitbild der Stadt Mainz (ödp/Freie Wähler)**
Vorlage: 1575/2010

Die Anfrage wurde von Oberbürgermeister Beutel beantwortet. Zusatzfragen werden hierzu nicht gestellt.

Punkt 19 **Bedarfsgerechte Öffnungszeiten in Kindertagesstätten (FDP)**
Vorlage: 1576/2010

Zu der von Sozialdezernent Merkator vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 20 **Beteiligung der Museen an Stadt der Wissenschaft 2011 (FDP)**
Vorlage: 1577/2010

Die Antwort des Oberbürgermeisters wird ohne Zusatzfragen zur Kenntnis genommen.

Punkt 21 **Kosten für Bewässerung von Grünanlagen (SPD)**
Vorlage: 1601/2010

Auf Nachfrage, ob die Zahlen für das Jahr 2009 noch nachgeliefert werden könnten, wird von der Verwaltung darauf hingewiesen, dass diese mangels Software „händisch“ ermittelt werden müssten, was zu einem hohen personellen Aufwand führen würde. Man einigt sich darauf, dass die Gesamtsumme für das Jahr 2009 noch nachgereicht wird.

Punkt 22 **Kunstsammlung der Stadt Mainz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 1602/2010

Die Anfrage wurde von Frau Beigeordneter Grosse beantwortet. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 23 **Kürzungen der Bundesregierung im Städte- und Wohnungsbau (SPD)**
Vorlage: 1603/2010

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 24 **Armut in Mainz wirksam bekämpfen - Armutsmonitoring weiter voranbringen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 1604/2010

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat von der Antwort des Sozialdezernenten Merkator Kenntnis.

Punkt 25 **Bauprojekt "Wohnen am Wasser" am Mainzer Winterhafen (SPD)**
Vorlage: 1605/2010

Diese Anfrage wurde von der SPD-Fraktion zurückgezogen.

Punkt 26 **Job-Center und Jugendliche (SPD)**
Vorlage: 1606/2010

Zu der von Beigeordnetem Merkator vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 27 **Entsorgung der "Gelben Säcke" (SPD)**
Vorlage: 1607/2010

Die Anfrage wurde von Herrn Beigeordneten Reichel beantwortet. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 28 **Einwohnerstatistik und Lebenspartnerschaften (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 1610/2010

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Beutel ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 29 **Eindämmung der Spielhallen-Flut in Mainz (FDP)**
Vorlage: 1614/2010

Die Anfrage wurde von Herrn Beigeordneten Ringhoffer beantwortet. Zusatzfragen werden keine gestellt.

Punkt 30 **Sachstand Umzug der Mogat Werke (CDU)**

Vorlage: 1616/2010

Von der Antwort von Herrn Beigeordneten Ringhoffer nimmt der Stadtrat ohne Zusatzfragen Kenntnis.

Punkt 31 **Großbrand im Mombacher Industriegebiet (CDU)**
Vorlage: 1615/2010

Die Antwort des Herrn Oberbürgermeisters liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 32 **Gründung eines Zentrums für Kunst und Wissenschaft (CDU)**
Vorlage: 1618/2010

Von der Anfrage stellenden CDU-Fraktion wird zum einen nachgefragt, welche konkreten Gespräche mit Frau van der Koelen geführt wurden und zum anderen, wann für dieses Projekt Baurecht geschaffen werden könne.

Bau- und Kulturdezernentin Grosse verweist bezüglich der Gespräche auf die schriftliche Antwort. Was die Frage der Schaffung von Baurecht betreffe, könnten zurzeit noch keine konkreten aussagen getroffen werden.

Punkt 33 **Wettbewerb auf dem Mainzer Energiemarkt (CDU)**
Vorlage: 1617/2010

Von der Antwort des Oberbürgermeisters nimmt der Stadtrat ohne Zusatzfragen Kenntnis.

Punkt 34 **Erweiterung des Unternehmens Knettenbrech + Gurdulic in Mombach (CDU)**
Vorlage: 1621/2010

Prof. Pietsch fragt mit Verwunderung nach, ob es üblich sei, dass sich Firmen an die Presse wenden würden, ohne dass die Verwaltung hiervon Kenntnis habe. Beigeordneter Reichel erläutert hierzu, dass die Genehmigungsbehörde in diesem Fall die SGD Süd sei und die Stadt Mainz nur als ein Träger öffentlicher Belange gehört werde.

Punkt 35 **Abwanderung des Verlags Philipp von Zabern (CDU)**
Vorlage: 1620/2010

Eine mündliche Zusatzfrage von Herrn Dr. Konrad, ob der Brief des Verlags an die Kulturdezernentin von dort beantwortet wurde, wird verneint, da es sich bei dem Schreiben um die Bitte zu einem Gesprächstermin gehandelt habe, bei dem die Dringlichkeit nicht klar erkennbar gewesen sei.

Punkt 36 **Sporthalle im Stadtteil Gonsenheim (CDU)**
Vorlage: 1619/2010

Eine Nachfrage von Frau Flegel, ob die Hausmeisterbetreuung, die zurzeit 4 Stunden wöchentlich betrage, erhöht werden könne, antwortet Bürgermeister Beck, dass die Verwaltung dies beobachten werde. Eine Ausnahme für die hausmeisterliche Betreuung dieser Halle käme nur in Betracht, wenn sich die Notwendigkeit hierzu ergebe.

Punkt 37.1 **Auskunft des Finanzamtes zur Gründung einer Zentralen Beteiligungsgesellschaft Mainz (ZBM) (CDU)**
Vorlage: 1631/2010

Zu der vorliegenden Antwort bittet Frau Groden-Kranich um Mitteilung, wann mit einer verbindlichen Aussage seitens des Finanzamtes gerechnet werden könne. Hierzu entgegnet Bürgermeister Beck, dass dies dann der Fall sein werde, wenn die Auskünfte benötigt würden. Ein konkreter Zeitpunkt könne jetzt noch nicht genannt werden.

Punkt 39 **Sachstandsberichte zu den Anträgen der Stadtratsfraktionen**

Punkt 39.1 **Sachstandsbericht zu Antrag 0195/2006 FDP-Stadtratsfraktion und Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion hier: Misshandlungen von Kindern im Vorschulalter frühzeitig entgegenwirken**
Vorlage: 1032/2010

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis. Der Antrag und der Änderungsantrag sind damit einstimmig erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 20.08.2010.

Punkt 39.2 **Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 0448/2010 der CDU-Ortsbeiratsfraktion im Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg**
Straßenbenennung in Mainz-Lerchenberg
hier: Fußweg zwischen der Rubensallee und dem Theo-Riedel-Weg
Vorlage: 0867/2010

Dieser Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 39.3 **Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 1827/2009 der SPD-Stadtratsfraktion, Zukunft Zwerchallee**
Vorlage: 1401/2010

Entgegen dem Vorschlag der Verwaltung und der Empfehlung des Bau- und Sanierungsausschusses folgend beschließt der Stadtrat einstimmig die Wiedervorlage in einem Jahr.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.08.2010.

Punkt 40 **Kommunale Datenzentrale Mainz**
hier: Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009
Vorlage: 1332/2010

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den geprüften Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 einerseits festzustellen und andererseits den Jahresüberschuss von 296.869,11 € der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 09.08.2010.

Punkt 41 **Beschäftigungsmöglichkeiten gem. § 16 e (früher a) SGB II für Menschen mit Vermittlungshemmnissen schaffen**
Vorlage: 1477/2010

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen die Fortführung des 2008 begonnenen Modellversuchs zur Schaffung von bis zu 15 Arbeitsmöglichkeiten im Rahmen des Bundesprogramms „JobPerspektive“ für Menschen mit Vermittlungshemmnissen gem. § 16 e SGB II bei der Stadtverwaltung Mainz in Kooperation mit der SPAZ GmbH.

Die hierfür erforderlichen Ergänzungsmittel i. H. v. EURO 100.000 p.a. werden zur Verfügung gestellt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.08.2010.

Punkt 60 **Vergabeangelegenheiten**
Umsetzung einer nachhaltigen Beschaffung und Vergabe
Vorlage: 1499/2010

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Einführung der nachhaltigen Beschaffung, die ökologische Erfordernisse, soziale Anforderungen und wirtschaftliche Effizienz berücksichtigt.

Der Stadtrat stimmt dem Lösungsvorschlag der Verwaltung zu, insbesondere zur Vollkosten- und Lebenszyklus-Betrachtung, zur schrittweisen Erarbeitung und Anwendung von Kriterienkatalogen sowie zum strategischen Einkauf.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.08.2010.

Punkt 42 **Kath. Kindertagesstätte Maria Königin, Mainz Drais; Sicherung und**
Erweiterung des Angebots für Zweijährige
Vorlage: 1279/2010

Mit Mehrheit (zwei Gegenstimmen) beschließt der Stadtrat:

Die Stadt Mainz gewährt der kath. Pfarrgemeinde Maria Königin in Mainz-Drais einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 98.000,00 € zur Sicherung und Erweiterung des Angebots für Zweijährige. Die erforderlichen Mittel werden für das Sachkonto 78149001 zu Lasten des PSP-Elements 7.000341.740.001 im Jahr 2011 im Finanzhaushalt eingestellt.

Die zusätzlich entstehenden Personalkosten werden im Rahmen der Bestimmungen des Kindertagesstättengesetzes Rheinland-Pfalz finanziert. Die erforderlichen Mittel werden für das Sachkonto 55990001 zu Lasten der Leistung L360505001 ab dem Jahr 2011 eingestellt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 27.07.2010.

Punkt 43

1. Ausweitung des Bewohnerparkens

hier: Einführung der Bewohnerparkzonen O4 und O5 zum 01.10.2010, Zone O6 zum 01.12.2010 und Zone AL3 zum 01.02.2011

2. Aufstockung der Personalstärke bei der Verkehrsüberwachung und im Stadtplanungsamt

3. Erledigung des Antrags Nr. 77/2005 der SPD-Stadtratsfraktion

Vorlage: 1139/2010

Der Stadtrat beschließt mit Mehrheit, bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

1. Die Umsetzung der vorgelegten Konzeptionen zur Ausweitung des Bewohnerparkens und der Parkraumbewirtschaftung mit den Gebieten O4, O5, O6 und AL3 in Mainz zu den genannten Zeitpunkten.
2. Das notwendige Personal für die Verkehrsüberwachung und das Stadtplanungsamt gem. Punkt 4 aufzustocken.
3. Den Antrag 77/2005 der SPD-Stadtratsfraktion für erledigt zu erklären.
4. Weiterhin wird zugesagt, dass die Bereiche O1 und O6 nochmals in den Ortsbeiräten diskutiert werden.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.08.2010.

Punkt 44

2. Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Stadt Mainz

Vorlage: 1240/2010

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit Mehrheit (zwei Gegenstimmen), die zweite Fortschreibung des Mainzer Nahverkehrsplans zu veranlassen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 27.07.2010.

Punkt 45 **Neuer SPNV-Haltepunkt Schott/Nordkopf**
1. Stellungnahme der Stadt Mainz zum neuen Schienenpersonen-
nahverkehrshaltepunkt (SPNV) Schott/Nordkopf
2. Erledigung des Antrags Nr. 92/2001 Haltepunkt Schott Glas/ Hat-
tenbergstraße, der CDU und FDP-Stadtratsfraktionen
Vorlage: 1291/2010

Dieser Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 46 **Winterdienstabrechnung 2009 des 70-Entsorgungsbetriebes**
Vorlage: 1306/2010

Die Mittel für den erhöhten Erstattungsanspruch für den Winterdienst des 70 - Entsorgungsbetriebes in Höhe von 436.766,09 € werden vom Stadtrat ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen für das Haushaltsjahr 2009 rückwirkend überplanmäßig bereitgestellt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 25.08.2010.

Punkt 47 **"B 154 (Einstellung)"**
Einstellung des Bebauungsplanverfahrens "Südlich der Lanzelhohl
(B 154)"
Vorlage: 1325/2010

Dieser Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 48 **"He 105/4.Ä" (Einstellung)**
a) Einstellung der Änderung Nr. 30 des Flächennutzungsplanes der
Stadt Mainz im Bereich des Bebauungsplanentwurfes
"Erweiterung des Gewerbegebietes Mainz-Hechtsheim - 4. Ände-
rung (He 105/4.Ä)"
b) Einstellung des Bebauungsplanverfahrens
"Erweiterung des Gewerbegebietes Mainz-Hechtsheim - 4. Ände-
rung (He 105/4.Ä)"
Vorlage: 0856/2010

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei einer Enthaltung - die Einstellung

1. der unter a) genannten Änderung Nr. 30 des Flächennutzungsplanes der Stadt Mainz,
2. des unter b) genannten Bebauungsplanentwurfes "Erweiterung des Gewerbegebietes Mainz-Hechtsheim - 4. Änderung ("He 105/4.Ä").

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.08.2010.

Punkt 49 **"A 267" Aufstellungsbeschluss**
Bebauungsplanentwurf "Große Langgasse - Steuerung der Zulässigkeit von Spielhallen (A 267)"
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 1334/2010

Der Stadtrat beschließt einstimmig zu dem o. g. Bauleitplanentwurf den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 26.08.2010.

Punkt 50 **Bauleitplanverfahren "Am Schleifweg (B 161), Satzungsbeschluss**
hier: - Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: 1263/2010

Der Stadtrat beschließt einstimmig und ohne Aussprache

1. die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB,
2. unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange den o. g. Bebauungsplanentwurf gemäß § 10 BauGB als Satzung mit Begründung sowie den Erlass gestalterischer Vorschriften gem. § 88 LBauO i. V. mit § 9 Abs. 4 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.08.2010.

Punkt 51 **Gestaltungssatzung "G 152 S"**
Satzung über die Gestaltung baulicher Anlagen und Werbeanlagen

im Bereich "An der Krimm (G 152 S)"
hier: Satzungsbeschluss gemäß § 88 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 LBauO i. V. m. § 24 GemO
Vorlage: 1326/2010

Der Stadtrat beschließt einstimmig in Kenntnis der Vorlage unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange den oben angegebenen Satzungsentwurf gemäß § 88 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 LBauO i. V. m. § 24 GemO als Satzung.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.08.2010.

Punkt 52 **Bauleitplanverfahren "L 66 (Satzungsbeschluss)"**
Bebauungsplanentwurf "Oppenheimer Straße (L 66)"
hier: - Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: 1352/2010

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (6 Gegenstimmen)

1. die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,
2. unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange den o. g. Bebauungsplanentwurf gemäß § 10 BauGB als Satzung mit Begründung sowie den Erlass gestalterischer Vorschriften gemäß § 88 LBauO in Verbindung mit § 9 Abs. 4 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.08.2010.

Punkt 53 **Bauleitplanverfahren "VEP L 68" (Satzungsbeschluss)**
a) Änderung Nr. 35 des Flächennutzungsplanes der Stadt Mainz im Bereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Gutshof Laubenheimer Höhe - VEP (L 68)"
hier: - Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- Beschluss gemäß § 6 Abs. 6 BauGB
- Zusammenfassende Erklärung gemäß § 6 Abs. 5 BauGB
b) Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Gutshof Laubenheimer Höhe - VEP (L 68)"
hier: - Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
- Zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB

Vorlage: 1315/2010

Der Stadtrat beschließt mit Mehrheit - bei 6 Gegenstimmen - zu den o. g. Bauleitplanentwürfen:

1. zu a) und b) die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,
2. die Flächennutzungsplanänderung Nr. 35 einschließlich Begründung gemäß § 6 Abs. 6 BauGB,
3. unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange und in Kenntnis des Durchführungsvertrages den o. g. Bebauungsplanentwurf gemäß § 10 BauGB als Satzung mit Begründung sowie den Erlass gestalterischer Vorschriften gemäß § 88 LBauO i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB,
4. die Zusammenfassende Erklärung gem. § 6 Abs. 5 BauGB/ § 10 Abs. 4 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.08.2010.

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 54 Änderungen / Ergänzungen städtischer Gremien

Punkt 54.1 Ergänzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien Vorlage: 0004/2010

Der Stadtrat beschließt einstimmig - bei einer Enthaltung - die nachfolgenden Ergänzungen von Ausschüssen und sonstigen Gremien:

1. Gutachterausschuss

(10 25 07 / 23)

Der Stadtrat schlägt dem Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz für die am 01.01.2011 beginnende Amtszeit folgende ehrenamtliche

Gutachter zur Bestellung vor:

Thomas Dang Am Fort Josef 5 55131 Mainz	Vorschlag Architektenkammer Architekt
Birger Ehrenberg Fischergasse 5 55116 Mainz	Vorschlag Industrie- und Handelskammer Betriebswirt, ö.b. Sachverständiger

Willi Enders Soonwaldstraße 61 55129 Mainz-Hechtsheim	Vorschlag Landwirtschaftskammer Landwirtschaftsmeister
Wilfried Knoll Mittelgasse 2 55130 Mainz	Vorschlag Architektenkammer Architekt, ö.b. Sachverständiger
Claus-Jürgen M. Kurz Kurfürstenstraße 8 55118 Mainz	Vorschlag Ingenieurkammer Bauingenieur, ö.b. Sachverständiger
Franz Rudolf Maria Kurz Friedrichstraße 35-37 55124 Mainz	Vorschlag Architektenkammer Architekt, ö.b. Sachverständiger
Peter Nickolaus Seminarstraße 2 55127 Mainz	Vorschlag Landwirtschaftskammer Landwirt
Frank Römer Gottlieb-Daimler-Straße 54 55131 Mainz	Vorschlag Industrie- und Handelskammer Betriebswirt, ö.b. Sachverständiger
Reinhard Schilling Veilchenweg 15 55126 Mainz	Vorschlag Architektenkammer Architekt, ö.b. Sachverständiger
Peter Strokowsky Oppenheimer Straße 27 55130 Mainz	Vorschlag Ingenieurkammer ÖbVI, ö.b. Sachverständiger
Horst Waldmann Backhaushohl 33 55128 Mainz	Vorschlag Ingenieurkammer
Jürgen Weihgold Gleiwitzer Straße 5 b 55131 Mainz	Vorschlag Industrie- und Handelskammer Immobilienkaufmann, ö.b. Sachverständiger

2. **Schulträgerausschuss**

(10 25 07 / 85)

Auf Vorschlag der Verwaltung werden als Vertretungen gem. § 90 Abs. 1 SchulG für die

*** Vertretung der Lehrerschaft der Realschule plus**

Erwin Steilen

*** Vertretung der Lehrerschaft der Realschulen**

Dagmar Brandmüller

*** Vertretung der Elternschaft der Grundschulen**

Manfred Ladwig

*** Vertretung der Elternschaft der Gymnasien**

Anja Selle-Ursfeld

in das o. g. Gremium gewählt.

3. Wirtschaftsausschuss

(10 25 07 / 46)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von StRM Köbler

Ulrich Steinbach

in das o. g. Gremium gewählt.

Gemäß § 5 Abs 1 der Satzung der AGEM AÖR sind die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses gleichzeitig auch Mitglieder des Verwaltungsrates AGEM AÖR.

4. Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

(10 25 07 / 27)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von StRM Gröninger

StRM Ansgar Helm-Becker

in das o. g. Gremium gewählt.

5. Jugendhilfeausschuss

(10 25 07 / 33-0)

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von StRM Schreiner

StRM Klaus Hafner

in das o. g. Gremium gewählt.

Als Stellvertretung werden für StRM Hafner StRM Neger, für StRM Siebner StRM Flegel in das o. g. Gremium gewählt.

6. Sozialausschuss

(10 25 07 / 96)

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von StRM Schreiner

StRM Klaus Hafner

in das o. g. Gremium gewählt.

Als Stellvertretung wird für StRM Hafner StRM Gerster in das o. g. Gremium gewählt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 01.09.2010.

**Punkt 54.2 Besetzung Aufsichtsrat Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (ZBM)
hier: Wahl der Mitglieder
Vorlage: 1592/2010**

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich – bei zwei Gegenstimmen - die nachfolgend aufgeführten Vorschläge zur Besetzung des Aufsichtsrates der Zentralen Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (ZBM)

Aufsichtsrat Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH
Mitglied:
Oberbürgermeister Jens Beutel
CDU: 5
StRM Dr. Andrea Litzenburger

StRM Hannsgeorg Schöning
Wolfgang Reichel Am Jungstück 8, 55130 Mainz
StRM Dr. Gerd Eckhardt
StRM Ursula Groden-Kranich
SPD: 4
StRM Oliver Sucher
StRM Miguel Vicente
StRM Hannelore Hirsch
Hermann Kohler Gerhart-Hauptmann-Str. 15, 55124 Mainz
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 4
StRM Katrin Eder
StRM Ansgar Helm-Becker
Angelika Spautz Kästrich 12 D, 55116 Mainz
Ulrich Steinbach Kaiserstraße 27, 55116 Mainz
FDP: 2
StRM Christopher Sitte
StRM Walter Koppius
ödp/Freie Wähler: 1
Kurt Mehler Backmuhlstr. 5, 55120 Mainz
DIE REPUBLIKANER: 1
StRM Prof. Dr. Jens Jessen
DIE LINKE: 1
N.N.
VERTRETER DER PERSONAL- UND BEIRATSGREMIEN: 2
Hans-Joachim Heidecker Am Mühlbach 31, 55128 Mainz
Jürgen Wirbelauer Heinrich-Wothe-Str. 6, 55122 Mainz

Punkt 65 **Bauleitplanverfahren "Westlich der Karlsbader Straße (G 127)", Satzungsbeschluss**
hier: - Behandlung der Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB
- Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
Vorlage: 1289/2010

Der Stadtrat beschließt einstimmig zu dem o. g. Bebauungsplanentwurf

1. die Zurückweisung der Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB,
2. unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange und in Kenntnis des städtebaulichen Vertrages den o. g. Bebauungsplanentwurf gemäß § 10 BauGB als Satzung mit Begründung sowie den Erlass gestalterischer Vorschriften gem. § 88 LBauO i. V. mit § 9 Abs. 4 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.08.2010.

Ende der Sitzung: 20:05 Uhr

gez. Jens Beutel
Vorsitz

gez. Detlef Blessing
Schrifführung

gez. Ansgar Helm-Becker
Urkundsperson

gez. Teresa Rebecca Kraft
Urkundsperson